

II-14980 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



## BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

GZ 10.000/89-Parl/94

Wien, 25. November 1994

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

7001/AB

Parlament  
1017 Wien

1994-11-23

zu 7127/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7127/J-NR/94, betreffend Gerechtigkeit für die Tiroler Alternativschulen, die die Abgeordneten Dr. Renoldner und FreundInnen am 28. September 1994 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Sind Sie bereit, sofort und rückwirkend für das Schuljahr 1994/95 eine Schülerfreifahrt für die SchülerInnen der Innsbrucker Lindenschule zu schaffen?
5. Wie stehen Sie persönlich zu der Tatsache, daß SchülerInnen die Schülerfreifahrt vorenthalten wird?

Antwort:

Die Vollziehung des Familienlastenausgleichsgesetzes betreffend Schulfahrtbeihilfe und Schülerfreifahrten fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie. Demnach ist die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie ermächtigt (§ 30 f) mit Verkehrsunternehmen des öffentlichen Verkehrs Verträge abzuschließen, wonach der Bund den Verkehrsunternehmen die im Tarif jeweils vorgesehenen Fahrpreise für die Beförderung der Schüler zur und von der Schule ersetzt, wenn sich die Verkehrsunternehmen zur freien Beförderung der Schüler verpflichten.

- 2 -

In diesen Verträgen dürfen allerdings nur Schüler begünstigt werden, die

- eine öffentliche oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Schule im Inland als ordentlicher Schüler, oder
- eine Schule, die gemäß § 12 des Schulpflichtgesetzes 1985 als zur Erfüllung der Schulpflicht geeignet anerkannt worden ist, oder
- eine Privatschule, der die Führung einer gesetzlich geregelten Schulartbezeichnung bewilligt worden ist,

besuchen.

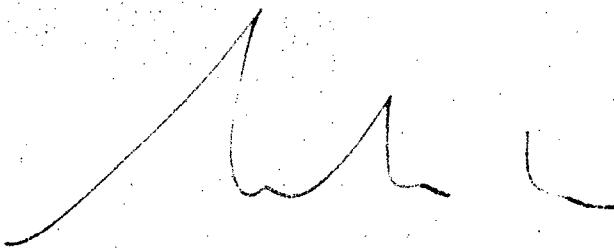
Für die Lindenschule in Innsbruck ist keine dieser Voraussetzungen erfüllt.

2. Welche Gespräche mit dem Land Tirol, mit welchem verbindlichen Ergebnis gab es diesbezüglich seitens Ihres Ressorts?
3. Bis wann werden Sie der Lindenschule, den Waldorf-Schulen und ähnlichen Einrichtungen eine Übernahme der Gehaltskosten für das Lehrpersonal zusichern können?
4. Welche Initiativen dazu haben Sie bereits gesetzt? Mit welchem Erfolg?
6. Der Dachverband der Alternativschulen, in dessen Einzugsbereich 396 SchülerInnen unterrichtet werden, erhält 1994 ganze 1.000.000 Schilling (!) an Subventionen, und keine Gehaltskosten. Halten Sie dies für angemessen bzw. welche Aufstockung planen Sie?

- 3 -

Antwort:

Bezüglich der Subventionierung der Waldorf/Rudolf-Steiner-Schulen finden derzeit zwischen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst und dem Bundesministerium für Finanzen und dem "Waldorf-Dachverband" Gespräche über den Abschluß eines "Subventionsvertrages", der Verbesserungen für die betreffenden Schulen beinhaltet, statt. Da diese Gespräche noch zu keinen konkreten Ergebnissen geführt haben, ist es mir nicht möglich, zu diesen Anfragepunkten verbindliche Aussagen zu machen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Walter Schmid".